

Rheinbergs Stellungnahme zu Plänen von K+S

Politik für eingeschränkten Salzabbau

7. Juni 2022 um 17:43 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



In mehr als 700 Meter Tiefe wird unter dem Niederrhein Salz abgebaut. K+S will die Abbaugebiete noch erweitern.

Foto: Armin Fischer (arfi)

Rheinberg. Die Stellungnahme der Stadt Rheinberg zum Rahmenbetriebsplan für das Borthner Salzbergwerk ist der Bezirksregierung Arnsberg inzwischen zugestellt worden. Einen Abbau unter besiedelten Gebieten soll es nicht geben.

Von Uwe Plien

Die Stadt Rheinberg hat eine Stellungnahme zum Rahmenbetriebsplan für das Borthner Salzbergwerk von K+S abgegeben. Der Beschluss fiel einstimmig. Die zuständige Bezirksregierung Arnsberg hatte die Verwaltung zunächst gebeten, bis zum 22. April eine Stellungnahme zu dem Verfahren zu übersenden. Auf Antrag der Verwaltung wurde die Frist bis Anfang Juni verlängert. Die Rheinberger Politik konnte erst am letzten Tag vor der Abgabe darüber diskutieren und stand entsprechend unter Druck. Der Salzabbau gerät zunehmend in die Kritik, weil Bergschäden befürchtet werden.

Gegenstand des Antrags ist die Erweiterung der Gewinnungsflächen des Bergwerks um neue Abbaufelder. Die Zulassung des neuen Rahmenbetriebsplans wurde befristet bis zum 31. Dezember 2050 beantragt. Außerdem wurde für die noch nicht abgebauten Grubenfelder aus dem Rahmenbetriebsplan 1985 eine Verlängerung bis zum 31. Dezember 2050 unter der Voraussetzung erteilt, dass der neue Rahmenbetriebsplan bis zum 31. Dezember 2030 zugelassen wird. Ansonsten endete die Zulassung genau ein Jahr später.

INFO

Sonsbeck befürchtet Folgen für Gewässer

Betroffenheit Auch die Gemeinde Sonsbeck äußert in ihrer Stellungnahme zur von K+S geplanten Erweiterung des Abbaugebietes zahlreiche Kritikpunkte. Zwar befinden sich die Abbaufelder nicht unter Sonsbecks Gemeindegebiet. Durch das Abbaufeld „Neues Westfeld“, das unter Xanten verläuft, werden laut Senkungsprognose auch Auswirkungen auf Teile Sonsbecks erwartet, insbesondere im Bereich der Grenzdycker Straße. Die circa 14,8 Hektar große Fläche wird landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzt. Dort befinden sich auch das Naturschutzgebiet Grenzdyck sowie geschützte Biotope.

Kritik Der Gemeinde Sonsbeck zufolge sind die Senkungsprognose sowie der Umweltbericht fehlerhaft beziehungsweise unzureichend. Sorgen bereitet vor allem der Hochwasserschutz. Demnach seien durch die Bergsenkung mehrere Gewässer betroffen, insbesondere die Hohe Ley, die Tacke Ley und der Hoeckersgraben. „Da die hiesigen Gewässer geringe bis sehr geringe Sohlgefälle haben, können sich bereits Senkungen im Zentimeterbereich negativ auf das Abflussverhalten bis hin zur Umkehr der Fließrichtung auswirken“, heißt es in der Stellungnahme der Gemeinde. Gefordert wird die Einrichtung einer zentralen Schlichtungsstelle zur Regulierung von Salzbergbauschäden.

Die Stadt Rheinberg betrachtet das Bergwerk Borth als einen wichtigen Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor in der Region. Auch wird der regionalen Gewinnung von Rohstoffen eine hohe Bedeutung beigemessen. Als Trägerin öffentlicher Belange sei sie jedoch verpflichtet, die Auswirkungen des Abbaus auf die Stadt betreffende Aspekte zu ermitteln und entgegenstehende öffentliche Interessen darzustellen.

Geprüft werden musste zudem, ob die Stadt mit ihrem Grundbesitz betroffen ist und ob auch dieser Belang bei einer Beeinträchtigung des Grundbesitzes vorzubringen ist. Öffentliche Belange der Stadt Rheinberg sind betroffen, das hat die Prüfung ergeben.

Die Stadt bemängelt unvollständige Antragunterlagen. Sie seien nicht geeignet, konkret festzustellen, in welchem Ausmaß Rheinberg betroffen sein werde und mit welchen Auswirkungen zu rechnen sei.

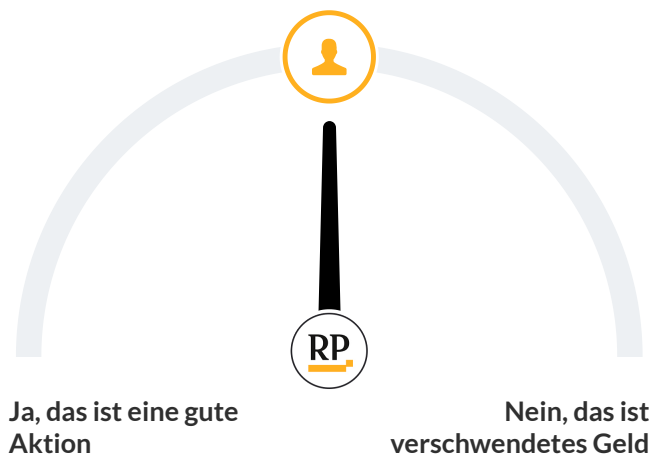
Das könnte Sie auch interessieren



In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität ging es vor allem um einen Passus in der Stellungnahme, der den Abbau unter Siedlungsschwerpunkten betrifft. Den lehnten die Grünen kategorisch ab, sagte Sprecher Jürgen Bartsch. Auch die Stadt Xanten habe das abgelehnt „und wir sollten in dem Punkt nicht hinter Xanten zurückbleiben“.

Letztendlich einigte man sich darauf, der Stellungnahme zuzustimmen. Einschränkend wurde festgelegt, einen Salzabbau unter besiedeltem Gebiet abzulehnen, solange irreversible Schäden nicht gänzlich ausgeschlossen werden könnten. Jürgen Bartsch sprach auch mögliche Schäden an Abwasserkanälen (die zu einer Umkehr der Fließrichtung des Wassers führen könnten) und an Gebäuden an.

LIVE ABSTIMMUNG • 14246 MAL ABGESTIMMT

Frage der Woche: Halten Sie das 9-Euro-Ticket für sinnvoll?**RP ONLINE**

OPINARY.

Josef Devers (CDU) regte an, dass in künftigen Bebauungsplänen für vom Abbau betroffene Gebiete berücksichtigt werden sollte, dass möglichen Bergschäden vorgebeugt werde. Für die SPD-Fraktion trug Peter Bender noch eine ganze Reihe kritischer Punkte an, die die Stadtverwaltung aus Zeitgründen allerdings nicht mehr berücksichtigen konnte.

(up)

Es sind noch keine Kommentare vorhanden.